

1010/AB
■ Bundesministerium vom 11.06.2025 zu 1073/J (XXVIII. GP)
Europäische und internationale Angelegenheiten
bmeia.gv.at

Mag. ^a Beate Meinl-Reisinger, MES
 Bundesministerin
 Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 11.06.2025

GZ. BMEIA-2025-0.307.614

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Hafenecker MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. April 2025 unter der Zl. 1073/J-NR/2025 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Welche Österreicher stehen auf den „Listen der ukrainischen Staatsfeinde“?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Fragen 1 bis 10:

- *Gab es bisher eine öffentliche Verurteilung der „Mirotworez“-Datenbank sowie der Seite „Molfnar“ durch die österreichische Bundesregierung oder österreichische Regierungsvertreter?*
Wenn ja, wann und in welcher Form?
Wenn nein, warum nicht und ist dies geplant?
- *Wurde auf die ukrainische Regierung und die ukrainischen Behörden auf Löschung dieser Seiten oder zumindest der Daten österreichischer Staatsbürger hingewirkt?*
Wenn ja, wie konkret?
Wenn nein, warum nicht?
Wurde diesbezüglich der ukrainische Botschafter in Wien einbestellt?
Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Ist der österreichischen Botschaft in Kiew vorliegender Sachverhalt bekannt?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja, was unternimmt die Botschaft in Kiew konkret, um dagegen vorzugehen?

Wie lautet die offizielle Stellungnahme/Rechtfertigung der ukrainischen Regierung zur Existenz besagter Seiten?

Wurden nach Kenntnis Ihres Ressorts innerhalb und außerhalb der Ukraine Verfahren gegen die genannten Seiten eingeleitet?

Haben Ihre Vorgänger bzw. hat Ihr Ressort besagte Webseiten und die Veröffentlichung personenbezogener Daten österreichischer Staatsbürger in Gesprächen mit Vertretern der Ukraine thematisiert?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Welche Behörden, Stellen, Dienste, Institutionen bzw. Organisationen in der Ukraine benutzen nach Kenntnis Ihres Ressorts die auf besagten Webseiten veröffentlichten personenbezogenen Daten und mit welchem Zweck?

- *Haben österreichische Regierungsvertreter auf die Deklarierung von ORF-Korrespondent Wehrschütz als „Staatsfeind der Ukraine“ in irgendeiner Art und Weise reagiert?*
- *Sind Ihrem Ressort besagte Seiten und Listen bekannt und zugänglich? Was wird seitens Ihres Ressorts konkret unternommen, um gegen die Seiten und damit verbundene Fahndungs- und Todeslisten vorzugehen? Steht oder stand Ihr Ressort mit betroffenen Österreichern, die auf diesen Listen/Seiten genannt werden, diesbezüglich in Kontakt? Verfügt Ihr Ressort über eine Strategie oder Maßnahmen zum Umgang mit diesen Listen?*
- *Ist Ihrem Ressort bekannt, dass zumindest die Seite „Molfar“ unter anderem vom „European Endowment for Democracy“ (EED) unterstützt wird?*
- *Ist Ihrem Ressort bekannt, welche österreichischen Politiker sich auf genannten Webseiten und Listen wiederfinden (Bitte um Nennung)? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese zu schützen?*
- *Ist Ihrem Ressort bekannt, wie viele österreichische Staatsbürger auf genannten Webseiten und Listen gelistet sind? Welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese zu schützen? Hat Ihr Ressort auf technischer Ebene Kenntnis von Maßnahmen zum Schutz von österreichischen Staatsbürgern, deren persönliche Daten auf besagten Seiten enthalten sind?*

- *Sind Ihrem Ressort Anschlagspläne gegen Roman Haider und/oder andere heimische Politiker bekannt, die sich aus den Informationen besagter Seiten ergaben?*

Wenn ja, haben Sie bzw. hat Ihr Ressort diese Vorfälle in Gesprächen mit Vertretern der Ukraine thematisiert?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

- *Inwiefern sieht die Bundesregierung, respektive Ihr Ressort, durch die Fälle „Mirotworez“ und „Molfnar“ die österreichisch-ukrainischen Beziehungen belastet?*

Ist die Bundesregierung bereit, finanzielle und auch sonstige Hilfen für die Ukraine zurückzunehmen oder zu stoppen, solange es seitens der Regierung in Kiew keine Bereitschaft gibt, gegen besagte Seiten und die Veröffentlichung personenbezogener Daten österreichischer Staatsbürger, insbesondere Journalisten und Politiker, vorzugehen?

- *Haben Sie bei Ihrem jüngsten Besuch in der Ukraine in Ihrer Funktion als Außenministerin die Problematik dieser „Online-Pranger“ thematisiert?*

Wenn ja, mit wem und mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) nimmt Listungen dieser Art von Österreicherinnen und Österreichern vor dem Hintergrund möglicher Auswirkungen auf deren Lebensumstände sehr ernst. Das BMEIA steht mit der ukrainischen Seite im Austausch, um zu eruieren, inwieweit staatliche Organisationseinheiten der Ukraine in den Betrieb der gegenständlichen Plattformen involviert sind und drängt diese, gegen derartige Listungen von Österreicherinnen und Österreichern vorzugehen. Es gibt bisher keinerlei Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen den genannten Plattformen und ukrainischen Behörden. Die Urheberschaft dieser Plattformen bleibt daher bis dato unbekannt.

Polizeiliche Schutzmaßnahmen fallen nicht in die Vollziehung des BMEIA.

Mag.^a Beate Meinl-Reisinger, MES

